

Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dies ist ein Nachrichtenblatt des Gewerkschaftsbündnisses gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel. Es richtet sich an alle Interessierten und enthält Informationen über Gewerkschaftsaktivitäten zur weltweiten Bekämpfung von Zwangsarbeit und Menschenhandel. Angeführt wird das Bündnis vom Internationalen Gewerkschaftsbund, mit finanzieller Unterstützung des Sonderaktionsprogramms der Internationalen Arbeitsorganisation zur Bekämpfung von Zwangsarbeit. Das Bündnis setzt sich für menschenwürdige Arbeit für alle sowie speziell für eine geografische und institutionelle Verpflichtung und Zusammenarbeit zur Beseitigung von Zwangsarbeit und Menschenhandel – deren Antithese – ein.

IGB-Berichte für die WTO über Kernarbeitsnormen:

[Malediven](#)

[Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland](#)

[Georgien](#)

[Niger und Senegal](#)

[Chile](#)

Die französische Gewerkschaft **CGT** hat die Polizei auf die Situation mehrerer rumänischer und polnischer Arbeiterinnen aufmerksam gemacht, die für die Spargel- und Erdbeerernte im Raum Elsaß in Frankreich angeheuert wurden. Die Frauen erhielten nur ca. 18 Euro pro Monat und waren in kellerähnlichen Gebäuden untergebracht. Der CGT-Sprecher André Hemmerlé sagte: „Uns ist der Fall von einer Arbeiterin bekannt, die zehn Tage gearbeitet und nur sechs Euro Lohn bekommen hat, da ihr die Kosten für Transport, Unterkunft und Essen abgezogen wurden.“ Die CGT nennt diese Arbeitsbedingungen ‘unmenschlich’ und ‘sklavenähnlich’. (Quelle: [Euronews](#))

In der Region arbeitet der [Paneuropäische Regionalrat des IGB eng zusammen mit Anti-Slavery und LaStrada](#), um einen [europäischen Zusammenschluss](#) zur Bekämpfung von Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft aufzubauen. Einige Vertreter [berichten](#) über private Arbeitsvermittler: „Die Wanderarbeiterinnen sind verschuldet und müssen hier bleiben, um Geld zu verdienen, mit dem sie ihre Familien zuhause unterstützen. Sie sind bereit, zu sklavenähnlichen Bedingungen zu arbeiten, und diese Arbeitsvermittler wissen das.“ Einige Gruppen haben zu Razzien bei mafiös organisierten Arbeitsvermittlungsgenturen aufgerufen.

Die niederländische Gewerkschaft **FNV Bondgenoten** hat einen [Artikel](#) über streikende polnische Erdbeerpflückerinnen veröffentlicht. Diese mussten z.B. € 250 Strafe zahlen, weil sie zur Toilette gingen oder am Wochenende außerhalb der „Sprechzeiten“ Besucher empfangen. Die niederländische Gewerkschaft FNV nennt die



Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



Arbeitsbedingungen dieser Frauen „unmenschlich“ und fordert ausstehende Löhne in Höhe von € 115.000. Außerdem kümmert sie sich um die Rückreise der Arbeiterinnen in die Heimat. Siehe auch den [Blog](#) zum Thema moderne Sklaverei.

Trotz des Risikos der Folter und Verhaftung operieren Gewerkschaftsaktivisten im Untergrund, um birmanischen Arbeiterinnen und Arbeitern zu helfen. Sie informieren tausende von Menschen über ihre Rechte und helfen mit bei der Bekämpfung der unter dem Militärregime immer noch weit verbreiteten Zwangsarbeit. Burmesische Gewerkschaftsaktivisten unterstützen auch Wanderarbeiter in Thailand. Der IGB hat einen neuen [Bericht](#) sowie einen zusätzlichen [Bericht](#) über die spezifischen Auswirkungen auf Kinder veröffentlicht. Der IGB hat bei seiner jährlichen Vorstandssitzung vom 6. – 8. Oktober 2009 in Berlin FTUB Burma als [neues Mitglied aufgenommen](#), der aufgrund der repressiven Politik der birmanischen Militärjunta zum Teil gezwungen ist, seine Arbeit außerhalb des Landes zu verrichten, und ein [Interview](#) mit FTUB-Generalsekretär Maung Maung veröffentlicht. „Das Problem ist, dass das Denken des Regimes immer noch gleich ist. Das Regime möchte, dass alle denken, es tue alles in seiner Macht stehende, um Zwangsarbeit zu bekämpfen, aber das tut es in Wahrheit nicht.“ Die [Karen Human Rights Group](#) (KHRG), dokumentiert die Situation von Dorfbewohnern im ländlichen Burma und hat ein [neues Bulletin](#) über die Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten durch die Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) veröffentlicht. Auf der [AsiaNews Internetseite](#) ist zu lesen, dass Tint Swe, ein Mitglied der Exilregierung (National Coalition Government of the Union of Burma, [NCGUB](#)), die aus birmanischen Flüchtlingen, die das Land nach den Wahlen 1990 verlassen hatten, zusammengesetzt ist, sagte, die neueste [UN-Resolution gegen Birma](#) und der Bericht der IAO, in dem Birma wegen [Zwangsarbeit und des Einsatzes von Kindersoldaten](#) angeklagt wird, seien lediglich Rituale, die in seinem Land keinerlei Veränderung bewirken werden ([gesamter Artikel](#)).

Auf der [IUF](#)-Internetseite, kann ein [Bericht](#) heruntergeladen werden über ein Rundtischgespräch zum Thema Zwangs- und Kinderarbeit in Zentralasien, das am 11. Juni 2009 in Genf stattgefunden hatte. Auf der Seite [Business & Human Rights Resource Centre](#) ist zu lesen, dass die 5. Internationale Baumwollmesse mit 300 Unternehmen aus 33 Ländern in Taschkent (Usbekistan) stattgefunden hat. „Den Teilnehmern sind die zahlreichen westlichen Organisationen, die zum Boykott von Baumwolle aus Usbekistan aufgerufen hatten, weil für die Produktion dort Kinderarbeit eingesetzt wird, vollkommen gleichgültig. Sie sagten, für sie zählten nur Qualität und Preis der Baumwolle!“

Unter dem Motto „Rotes Gold – von der Fiktion zur Realität“ organisierten die italienische [CGIL](#) und die Nahrungsmittelgewerkschaft [FLAI](#) eine [Kampagne](#) über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Landwirtschaft in der süditalienischen Region Apulien. Vierzig Gewerkschaftsvertreter führen durch die ländliche Capitanata (Provinz Foggia), um die über 5.000 Landarbeiter bei der Tomatenernte über ihre Rechte zu informieren, und um ihnen für ihre Fragen und Anliegen Gehör zu schenken. Statt wie zugesagt für 46 Euro für einen 6,5-Stunden-Tag arbeiteten sie täglich 14 Stunden und erhielten 3 Euro Lohn pro 300-Kilo-Korb.



International
Labour
Office

Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



Eine weltweite Kampagne, mit der die Länder aufgefordert werden sollen, den Missbrauch von Wanderarbeitern und –arbeiterinnen zu beenden, indem deren Menschenrechte geschützt werden, wurde am 18. Dezember gestartet. Die Kampagne wurde ins Leben gerufen vom **Internationalen Lenkungsausschuss für die Kampagne zur Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Migranten**, einem einzigartigen Netzwerk aus UN-Agenturen, internationalen Organisationen und globalen Organisationen der Zivilgesellschaft. [Start der Kampagne zum 20-jährigen Bestehen der Konvention zum Schutz der Rechte von Migranten](#)

Zur Bekämpfung der Ausbeutung von Wanderarbeitnehmerinnen und –arbeitnehmern in Argentinien fordert der **Allgemeine Gewerkschaftsbund der Republik Argentinien (CGT-RA)** Reisefreiheit für alle Menschen entsprechend dem freien Kapitalverkehr. In diesem Spotlight-[Interview](#) erklären Mitglieder des CGT-RA, wie die Gewerkschaft Migrantinnen und Migranten am Arbeitsplatz informiert und eine allgemeine Politik fordert, mit der Beschäftigten geholfen werden soll, in ihrem Land zu bleiben statt ins Ausland zu gehen, um zu überleben. Zu lesen ist diese [Perspektive](#) der Abteilung für Migration des **Allgemeinen Argentinischen Gewerkschaftsbundes (CTA)**.

Bei der 12. Sitzung des Menschenrechtsrates (HRC) legte die **Sonderberichterstatteerin für moderne Formen von Sklaverei, einschließlich ihrer Ursachen und Folgen**, Gulnara Shahinian, ihren ersten thematischen [Bericht](#) vor, der das Thema Schuldknechtschaft zum Schwerpunkt hatte.

Als Teil des Gesetzes zum Schutz der Opfer von Menschenhandel und Gewalt (Trafficking Victims Protection Reauthorization Act) [veröffentlichte](#) das US-Arbeitsministerium eine Liste mit 122 Waren aus 58 Ländern, die mithilfe von **Zwangs- bzw. Kinderarbeit** hergestellt werden.

Die OSZE hat eine [hochrangige Konferenz](#) in Wien organisiert. Das vorrangige Ziel der 9. Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel ist es, gute Praxisbeispiele bei der Vorbeugung gegen Menschenhandel zu liefern, was auch die Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten widerspiegelt, umfassende Lösungen für die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen für und die Nachfrage nach kommerzieller sexueller Ausbeutung sowie Ausbeutung der Arbeitskraft zu finden.

Bei der UNO-Vollversammlung am 23. September drängte [Belarus](#) auf die Annahme des **Globalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Menschenhandel**.

Das Internationale Programm zur Abschaffung von Kinderarbeit **IPEC** von [IAO](#), [UNICEF](#) und der Initiative der UNO gegen Menschenhandel ([UN.GIFT](#)) (nur EN) veröffentlichten das *Training manual to fight trafficking in children for labour, sexual and other forms of exploitation (Ausbildungsmanual zur Bekämpfung des Kinderhandels für Arbeits-, sexuelle*

Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



und andere Formen der Ausbeutung). Dieses Handbuch zur Bekämpfung von Menschenhandel ist deshalb einzigartig, weil es den Schwerpunkt auf Kinder legt und sich insbesondere mit Arbeitsthemen befasst. Es ergänzt das 2008 von der IAO aufgelegte Materialset zum Thema *Kinderhandel*.

Zeitgleich mit der globalen Aktionswoche gegen prekäre Arbeit hat der [IMB](#) einen neuen [Bericht](#) über eine Umfrage veröffentlicht, die die Erfahrungen von Wanderarbeiterinnen und –arbeitern in der Metallindustrie zum Thema hatte. Der Bericht ist erhältlich auf den Internetseiten des IMB in [Englisch](#) und [Spanisch](#).

Auf seiner Internetseite veröffentlicht das US-amerikanische [AFL-CIO Solidarity Center](#) (nur EN) mehrere [Artikel](#) (nur EN) über Hausangestellte. Die Lage dieser Beschäftigten ist oft besonders verletzlich, sie arbeiten oft informell in privaten Haushalten und dürfen diese manchmal auch nicht verlassen. Eine neues IAO-Übereinkommen könnte dazu beitragen, ihre Arbeitssituation zu verbessern und ihnen mehr Rechte zu geben.

In einem [Bericht](#) (nur EN) mit dem Titel *Disposable Labour: Rights of migrants workers in South Korea* (Arbeitskräfte zum Wegwerfen: Die Rechte von Wanderarbeitern in Südkorea) dokumentiert [Amnesty International](#), wie viele Wanderarbeiterinnen und –arbeiter in Südkorea geschlagen oder Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung werden und lange Lohnrückstände hinnehmen müssen, und dies obwohl Regeln für den Schutz ihrer Rechte eingeführt worden sind.

Der [IGB](#), die [IOE](#) (Internationale Arbeitgeber-Organisation) sowie 30 Regierungen aus aller Welt haben sich darauf [geeignet](#) (nur EN), die IAO-Mitgliedstaaten dazu zu drängen, das Übereinkommen Nr. 181 über private Arbeitsvermittler weiter zu ratifizieren, um die weltweite Beschäftigung in Zeiten der Wirtschaftskrise zu fördern.

[IGB-Spotlight-Interview](#) mit Cheung Lai-Ha, der Vizepräsidentin der **Hong Kong Confederation of Trade Unions (HKCTU)** (nur EN) „Wir haben hier auch immer mehr Fälle von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, die als Hausangestellte arbeiten und von ihren Arbeitgebern geschlagen und misshandelt werden. Eine der Föderationen des HKCTU kümmert sich insbesondere um deren Anliegen. Sie hilft den Opfern bei einem juristischen Verfahren und unterstützt sie auch materiell. Ohne diese Hilfe würde der Arbeitgeber keinerlei Risiko eingehen, da sein Opfer keine Arbeitserlaubnis hat und sowieso wieder in die Heimat zurückgehen muss.“

In einer Rede bei der Global Solidarity Summer School des **Irishen Gewerkschaftskongresses ICTU** (nur EN) sagte der irische Entwicklungsminister Peter Power 3 Mio. Euro für die Bekämpfung von Kinderarbeit, Menschenhandel und Schuldknechtschaft in Entwicklungsländern zu, die über die **IAO** ausgezahlt werden sollen. Hier die [vollständige Rede](#) (nur EN)

Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



[IGB-Spotlight-Interview](#) mit Marcelina Bautista, Generalsekretärin der Vereinigung der Hausarbeiterinnen in Lateinamerika und der Karibik (**CONLECTRAHO**) in Mexico. „Wenn die Frauen [Hausarbeiterinnen] in Gewerkschaften oder Verbänden organisiert sind, erfahren sie etwas über ihre Rechte und können versuchen, individuell bessere Löhne und Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Unsere Gewerkschaft betreibt einen Vermittlungsdienst, und die Arbeitgeber, die mit unserer Hilfe jemanden einstellen, werden über ihre Pflichten informiert. Die Reaktion ist nicht immer positiv... Wir bieten Hausarbeiterinnen vor ihrem ersten Vorstellungsgespräch eine gute Schulung; wir beraten sie darüber, was sie versuchen sollen auszuhandeln. Anschließend bleiben wir in Kontakt mit der Arbeiterin und dem Arbeitgeber, um sicher zu gehen, dass alles gut läuft.“

Die GFBTU in Bahrain veranstaltete eine IGB/AP-IAO Konferenz über Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft. Hier eine PowerPoint-[Präsentation](#) (nur EN) der General Trade Union of Workers in Textile Garment & Clothing Industries ([JTGCU](#)) (nur EN) in Jordanien über ihre Arbeit zur Bekämpfung des Menschenhandels zu Beschäftigungszwecken sowie einige Medienberichte ([Gulf Daily](#), [Trade Arabia](#), [Gulf in the media](#)) (nur EN).

Die **Britische Regierung** hat eingeräumt, dass es mit den bestehenden Rechtsvorschriften nicht gelingt, die Menschen vor der modernen Sklaverei zu schützen. [Anti-Slavery International](#) (nur EN) und Liberty setzten sich gemeinsam mit der Zulassungsbehörde für Zeitarbeitsvermittler in der Landwirtschaft (Gangmasters Licencing Authority), [Unite the Union](#) (nur EN) und [TUC \(UK\)](#) (nur EN) für eine Gesetzesänderung ein, die notwendig ist, um die rund 1.000 Menschen im Vereinigten Königreich zu schützen, die schätzungsweise in Zwangsarbeit beschäftigt sind. Hier die vollständige [Debatte](#) (nur EN) aus dem britischen Oberhaus. Am 5. November einigte sich das Oberhaus auf eine [Änderung](#) (nur EN) des Gesetzes „Coroners and Justice Bill“, nach der Zwangsarbeit und Zwangsdienstbarkeit künftig als Straftat gelten werden.

[TUC \(UK\)](#) (nur EN) unterstützt die Empfehlungen des Migration Advisory Committee, mit denen vermieden werden soll, dass Arbeitgeber Migrantinnen und Migranten ausbeuten. „Die Regierung muss jedoch der Versuchung standhalten, sich gegen ausländische Arbeitskräfte abzuschotten, da sie in großem Maße zu den öffentlichen Dienstleistungen sowie zur Wirtschaft und zur Gesellschaft insgesamt beitragen können. Wir alle müssen vorsichtig sein und dürfen nicht den Mythen Vorschub leisten, die den Rassismus anheizen und Aufspaltung hervorrufen.“

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung [UNODC](#) (nur EN) hat einen Artikel veröffentlicht über das dritte [Global Forum on Migration and Development](#), bei dem UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon die positiven Leistungen der Migration hervorhob und die Gefahren von Menschenhandel und Schmuggel unterstrich.

Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



[IGB-Spotlight-Interview](#) ([FR](#), [SP](#)) mit Sergejus Glovackas, dem Vertreter des Büros des **Paneuropäischen Regionalrats (PERC)** des IGB in Vilnius. „Die baltischen Länder haben durch die Migration in den letzten Jahren viele ihrer Bürger eingebüßt. Dadurch sind auch den Gewerkschaften viele ihrer potenziellen Mitglieder verloren gegangen.“

Die derzeitige Sonderbeauftragte der [OSZE](#) und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Eva Biaudet, wurde im Oktober 2006 ernannt. Dieser zweite [Jahresbericht](#) (nur EN), mit dem Titel *2007: A Platform for action*, bietet einen Überblick über ihre Arbeit zwischen Januar und Oktober 2007.

[IUL](#) – Internationaler Tag der Mobilisierung für Hausangestellte

Der Direktor des Internationalen Migrationsprogramms bei der [IAO](#), Ibrahim [Awad](#), hat eine neue [Studie](#) (nur EN) veröffentlicht mit dem Titel „Die weltweite Wirtschaftskrise und Wanderarbeitnehmer: Auswirkungen und Antworten“. Eine weitere jüngere [Publikation](#) der [ILO](#) (nur EN) gibt Einblick in die Gender-Aspekte der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter als Hausangestellte in Europa.

CNN [berichtet](#) (nur EN) über Zwangsarbeit in Backsteinöfen in Pakistan.

Gemeinsam mit [ICTU](#) und der **Anti-Menschenhandels-Abteilung** des irischen Justizministeriums hat das **Migrant Rights Centre Ireland (MRCI)** ein [Seminar](#) (nur EN) über Strategien zur Bekämpfung von Zwangsarbeit veranstaltet.

Das Centre for Ethics & Value Inquiry der Universität Gent (Belgien) hat eine [Labour & Global Justice Conference 2009](#) (nur EN) veranstaltet, mit der auf Beschäftigungsthemen, die sich explizit als Gerechtigkeitsthemen im Zusammenhang mit der Globalisierung ergeben, aufmerksam gemacht werden sollte.

Der IGB [trauert](#) um den internationalen Gewerkschaftsvorsitzenden **Neil Kearney** in Dhaka (Bangladesh). Der in 1950 in Donegal (Irland) geborene Neil Kearney war seit 1988 Generalsekretär der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung, ([ITBLAV](#)). Während seiner langjährigen bemerkenswerten Tätigkeit im Dienste der Gewerkschaftsbewegung hat Neil Kearney zahlreiche beachtliche Erfolge bei der Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen einiger der am meisten ausgebeuteten Arbeitnehmer/innen der Welt errungen, in einem Sektor, in dem die Beschäftigten die Hauptlast der schlimmsten Exzesse der Globalisierung zu tragen haben. Neil Kearney war unter anderem maßgeblich bei der Entstehung des Gewerkschaftsbündnisses gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel beteiligt.

Kurznachrichten

Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel



Falls Ihr andere kennt, die Interesse an diesem Nachrichtenblatt haben, schickt es bitte an sie weiter und schlägt vor, dass sie es abonnieren. E-Mail an lyris@forum.ituc-csi.org genügt. Erwähnt bitte im Text "subscribe forcedlabour" oder schickt eine E-Mail an forcedlabour@ituc-csi.org .

Bitte schickt uns eventuell relevante Informationen für die nächste Ausgabe ein.

Falls Ihr weitere Informationen benötigt, wendet Euch bitte an forcedlabour@ituc-csi.org

Internetseite: www.ituc-csi.org/forcedlabour